

Zeiten von Aufbrüchen und Bruchlandungen

Historiker Rupert Quaderer stellte den Kontext vor, in dem die Verfassung 1921 entstand.

Elias Quaderer

Mit insgesamt drei Veranstaltungen will der Historische Verein für das Fürstentum Liechtenstein und das Liechtenstein-Institut das 100-jährige Verfassungsjubiläum Liechtensteins feiern. Den Auftakt machte gestern der Historiker Rupert Quaderer im kleinen Schaaner Saal. Und vorneweg: Das Thema Verfassung klammerte Quaderer am Referat bewusst aus: «Das ist ein abendfüllendes Thema, das im nächsten Vortrag behandelt wird», so der Historiker. Im Zentrum der Veranstaltung standen stattdessen das historische Umfeld, in dem die Verfassung 1921 entstand: die turbulente Zeit Liechtensteins während und nach dem Ersten Weltkrieg. «Es gab Zeiten von Aufbrüchen, von Umbrüchen und manchmal kam es zu Bruchlandungen», so Rupert Quaderer.

Obwohl Liechtenstein während des Ersten Weltkriegs neutral blieb, hatte der Krieg drastische Folgen für das Land: Die massive Inflation zerstörte das Ersparte, Nahrungsmittelknappheit herrschte im Land und im Herbst 1918 litt die Bevölkerung unter den Folgen der Spanischen Grippe. Besonders ein Beispiel verdeutlicht die damalige Not: Bäcker durften nur Brot verkaufen, das mindestens einen Tag alt war, weil frisches Brot zu schnell verzehrt werde. 1917 meinte ein Zeitungseinsender: «So wie jetzt kann die Sache nicht mehr lange gehen.»

Die Briefmarkenaffäre: ein Irrweg

Nach dem Krieg beschritt Liechtenstein auf vielen Ebenen neue Wege – «auch wenn sich einige als Irrwege herausstel-



Rupert Quaderer: Das Land beschritt nach 1918 neue Wege – und einige Irrwege. Bild: Daniel Schwendener

len», hält Quaderer fest. Das hochverschuldete Land war offen für Projekte, die schnell viel Geld verhießen. Als Beispiel führte Rupert Quaderer unter anderem die Briefmarkenaffäre an: 1919 versprach ein liechtensteinisch-österreichisches Konsortium dem Land hohe Gewinne, wenn man ihm den Vertrieb der Briefmarken überlasse. Allerdings stellte sich der erhoffte Gewinn nicht ein. Das Konsortium wirtschaftete schlecht, im Ausland galt die ganze Sache als unsauber. Sowohl Vertreter der Bürgerpartei wie auch der Volkspartei waren im Konsortium involviert, die Affäre wurde bald auf die politische Bühne gehoben: Es kam zu einer regierungskritischen Demonstration und einer Gegen demonstration von Regierungstreuen. Letztlich kündigte die

Regierung den Vertrag mit dem Konsortium.

«Verkauft ein Bauer seine Kuh, muss er sie hergeben»

Daneben beschritt Liechtenstein aber auch Wege, «die in eine gute Zukunft führten» erläuterte Quaderer. So die ausenpolitische Umorientierung weg vom kriegsversehrten Österreich und hin zur Schweiz. Unter anderem dank den Bemühungen von Liechtensteins Gesandtem in Bern – Emil Beck – gelang es 1923, den Zollvertrag unter Dach und Fach zu bringen. Noch heute bildet der Vertrag die Grundlage für das enge Verhältnis zwischen der Schweiz und Liechtenstein. Allerdings war der Vertragsabschluss im Land nicht unumstritten. Aus den Reihen der Bürgerpartei wurde kritisiert, dass Liechten-

stein zu viel seiner Souveränität preisgebe. Darauf habe Emil Beck entgegnet: «Wenn ein Bauer seine Kuh verkauft, muss er sie auch hergeben.»

Das Personen- und Gesellschaftsrecht von 1926 ist ein anderes wegweisendes Werk aus dieser Zeit. Das liberal ausgestaltete Gesetz mit seinen vielfältigen Gesellschaftsformen gilt als zentrales Fundament des Finanzplatzes Liechtenstein. Aber bereits 1926 konnte das Land mit dem Gesetz ausländische Investoren anziehen und der Staatshaushalt konnte von den Gesellschaftssteuern profitieren. Sah das Land die ersten Lichtblicke, so sollte es schon bald mit der nächsten Katastrophe konfrontiert werden: dem Rheinbruch 1927. Mit diesem Ausblick schloss Rupert Quaderer das Referat.